

Dokument beweist — die Politik der deutschen Großbourgeoisie seit 1871 unverändert. Dadurch hat sie „schlüssig bewiesen, daß ihre Herrschaft über Deutschland unvereinbar ist mit den Interessen, mit der Existenz, mit der Einheit und dem Glück des deutschen Volkes“.

Einige westdeutsche Politiker sind der Meinung, es sei eine Einmischung in die westdeutschen Verhältnisse, wenn wir erklären, die deutsche Großbourgeoisie habe jeden Anspruch auf die Führung des deutschen Volkes verspielt. Aber es ist die Pflicht jedes deutschen Patrioten, seine Stimme zu erheben, wenn in einem deutschen Teilstaat eine friedensgefährdende Politik betrieben wird. Das deutsche Volk hat nach der Zeit des Hitler-Faschismus allen Anlaß, in einer echten „Bewältigung der Vergangenheit“ zu sichern, daß niemals mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Das erfordern die völkerrechtlichen Verpflichtungen, die dem deutschen Volk im Potsdamer Abkommen auferlegt worden sind, aber ebenso seine geschichtliche Aufgabe, die richtigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, um in der Zukunft einen Weg des Friedens, der Völkerfreundschaft und der sozialen Gerechtigkeit gehen zu können. Von diesem Standpunkt aus müssen wir angesichts der entgegengesetzten Politik der beiden deutschen Staaten die Frage stellen, die Walter Ulbricht vor dem Nationalrat aufgeworfen hat: Welcher der beiden deutschen Staaten muß seine Politik ändern? Die klare Antwort lautet, daß eine Wende in der westdeutschen Politik erforderlich ist. Diese Forderung müssen wir im Interesse des Lebens der deutschen Nation, auch der Bürger Westdeutschlands, vertreten, mag es den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik passen oder nicht.

Von ebenso großer nationaler Bedeutung ist aber auch die Darlegung der anderen Entwicklungslinie der jüngsten deutschen Geschichte, die von der wachsenden Kraft der deutschen Arbeiterklasse bestimmt wird. Es ist ein Gebot der historischen Gerechtigkeit, wenn das Dokument feststellt:

„Die klassenbewußten deutschen Arbeiter haben in allen großen geschichtlichen Prüfungen, in denen die deutsche Bourgeoisie ihre Untauglichkeit zur Führung der Nation erwies, eine Politik vertreten, die nicht nur den Interessen der Arbeiter, sondern denen des ganzen Volkes diene.

Sie haben im Interesse der Nation heldenhaft gekämpft, unzählige Opfer gebracht und sind auch dann standhaft geblieben, wenn es galt, gegen einen übermächtigen Strom zu schwimmen.“

Es ist eine wichtige Aufgabe, diesen Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands gemeinsam mit den anderen auf ihre Seite tretenden demokratischen Kräften allen Bürgern der DDR bewußt zu machen. Ergibt sich doch hieraus das geschichtliche Recht der deutschen Arbeiterklasse, die Führung des deutschen Volkes in ihre Hände zu nehmen. In unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat wird dieser Weg konsequent gegangen. Dabei konnten sich die demokratischen Kräfte auf ihre Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus stützen, den Menschen verschiedener politischer Auffassungen gemeinsam führten und in dem sie sich auf prinzipielle Programme für die Zukunft Deutschlands einigten, wie den Aufruf für die Deutsche Volksfront, für Frieden, Freiheit und Brot, veröffentlicht am 14. Januar 1937, oder das Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ vom Juli 1943. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen haben sich im Osten Deutschlands unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der Volksbewegung der Nationalen Front alle patriotischen Bürger zusammengeschlossen und sind jetzt zum voll-

entfalteten Aufbau des Sozialismus übergegangen. Das nationale Dokument hilft allen Bürgern der DDR, diese Entwicklung besser zu verstehen.

Die Darlegung der historischen Rolle der deutschen Arbeiterklasse ist aber auch für die westdeutschen Werktätigen von großer Bedeutung. Sie zeigt die Möglichkeiten zu einer Wendung in der westdeutschen Politik, wenn sich die westdeutschen Arbeiter von den Einflüssen klerikaler Kreise und prinzipienloser Abenteuerer wie Brandt und Wehner frei machen, sich auf ihre Kraft besinnen und die verleumderische anti-kommunistische Propaganda und die Hetze gegen die DDR zurückweisen.

Die beiden Entwicklungslinien der deutschen Geschichte, die ihre heutige Ausprägung in den beiden bestehenden deutschen Staaten gefunden haben, geben die Grundlage für die Beantwortung der Frage, welcher deutsche Staat die Zukunft unserer Nation verkörpert. Wenn wir von der DDR als dem rechtmäßigen deutschen Staat sprechen, so leugnen wir damit nicht das Bestehen der Bundesrepublik. Wir haben nie eine völkerrechtliche oder politische Position vertreten, die einen bestehenden Staat negiert, wie es erst kürzlich wieder das Bonner Außenministerium und seine illegale „Beobachtermision“ bei der UNO mit ihren unverschämten Erklärungen getan hat, als der UNO-Generalsekretär ein Schreiben des Außenministers der DDR in ein UNO-Dokument aufnahm. Wir sagen aber mit aller Offenheit, daß die DDR auf Grund des Völkerrechts und der geschichtlichen Gesetzmäßigkeit der rechtmäßige deutsche Staat ist, dessen Politik mit den Interessen der Nation übereinstimmt und der deshalb die zukünftige gesamtdeutsche Politik zum Ausdruck bringt.

In diesem Zusammenhang ist von großer Bedeutung, wie das Dokument die Breite der Bewegung der Nationalen Front sichtbar macht. Nicht zufällig wird auf einzelne weitsichtige bürgerliche Politiker hingewiesen, die schon nach dem ersten Weltkrieg für eine vernünftige Politik gegenüber der Sowjetunion und gegen die Reaktion in Deutschland eintraten und — wie Erzberger und Rathenau — dafür faschistischen Mördern zum Opfer fielen. Auch die bürgerlichen Patrioten, die sich mit den Kommunisten zum Kampf gegen den Hitler-Faschismus verbanden, werden gewürdigt. Von hier führt eine konsequente Linie zur Einbeziehung aller gutwilligen Bürger der DDR in die Nationale Front und in die bewußte Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, deren Vollendung unsere gemeinsame Aufgabe ist. Das Dokument unterstreicht, daß in der DDR ein bedeutender Teil des Bürgertums, darunter auch kapitalistische Unternehmer, am sozialistischen Aufbau aktiv teilnimmt. Dieses Beispiel ist für Westdeutschland von großer Bedeutung — zeigt es doch, daß auch vor dem westdeutschen Bürgertum die Notwendigkeit steht, sich von den Militaristen zu trennen und einen neuen Weg der friedlichen Entwicklung zu suchen. Damit entscheidet es sich gegen die Gefahr eines Atomkrieges und für eine gesicherte Zukunft.

In Westdeutschland: Recht und Justiz im Namen der Großbourgeoisie

In dem Dokument ist dargelegt, wie die sozialistische Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik unaufhaltsam wächst und wie auf den verschiedenen Lebensgebieten in ihr das Gesicht des zukünftigen Deutschlands geformt wird. Das gilt auch für die Fragen des Rechts und der Gesetzlichkeit.

In seiner Rede vom 25. März 1962 vor dem Nationalrat hat Walter Ulbricht die Frage aufgeworfen:

„Sollen wir vielleicht in der Deutschen Demokratischen Republik ... vom Blute Tausender unschuldiger